

5 Maßnahmen für eine faire Budgetsanierung

/ Autor:innen: Barbara Schuster & Leonard Jüngling

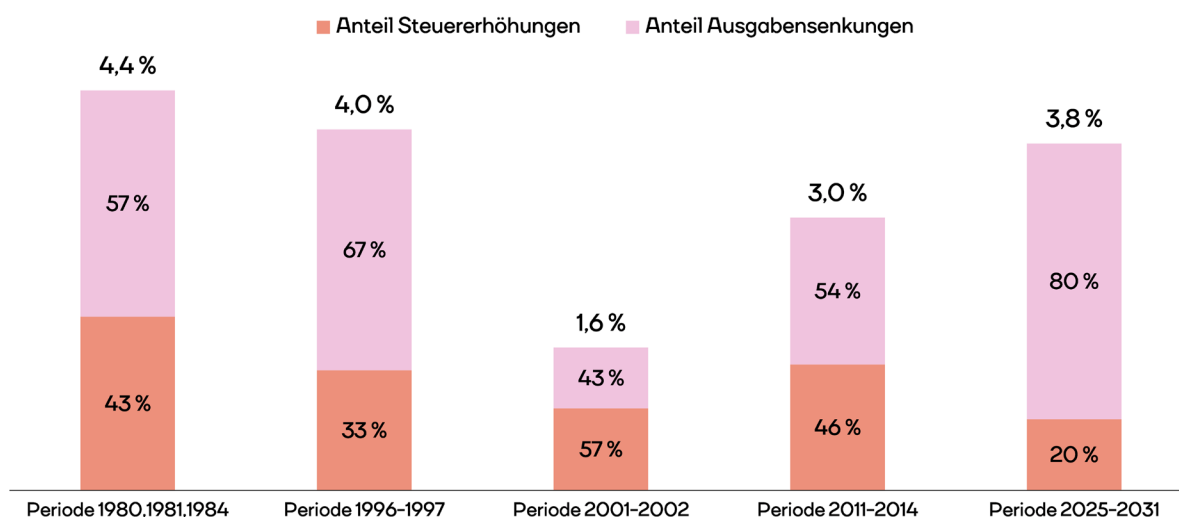
/ April 2025

Das Budgetdefizit Österreichs ist höher als erwartet. Statt jedoch die Last gerecht zu verteilen, setzt die Regierung weiterhin auf ein Sparpaket, das hauptsächlich durch Kürzungen der Staatsausgaben finanziert wird und damit vor allem private Haushalte belastet. Das Momentum Institut schlägt fünf Maßnahmen vor, mit denen das Budget saniert werden kann, ohne Haushalte zu belasten.

Die Regierung plant, rund 80 Prozent der Budgetsanierung durch Ausgabenkürzungen zu erzielen – ein historisch hoher Wert. Dabei verursachen Kürzungen der Staatsausgaben laut wissenschaftlicher Forschung einen größeren wirtschaftlichen Schaden als Steuererhöhungen, deren negative Auswirkungen sich erst mit Verzögerung zeigen. Gerade jetzt benötigt die österreichische Wirtschaft Unterstützung vom Staat. In früheren Sanierungsphasen seit 1980 spielten Steuererhöhungen stets eine wichtige Rolle, teilweise sogar die tragende Rolle. In den vier großen Budgetsanierungen seit 1980 nahmen Steuererhöhungen einen prominenten Platz ein. In den 1990ern trugen sie zumindest ein Drittel des aufzubringenden Betrages bei, in den frühen 2000ern unter der Regierung Schwarz-Blau I sogar die Mehrheit (57 Prozent).

Wie hat Österreich bisher gespart? Konsolidierung im Überblick

Kumulierte Konsolidierung in Prozent des BIPs



Quelle: IWF, BMF
Anmerkung: Annahme aktuelle Konsolidierung über 7 Jahre ohne Defizitverfahren

MOMENTUM
/INSTITUT

In der EU verfolgen die meisten Länder eine ausgewogene Strategie zwischen Einsparungen und Steuererhöhungen. Von 22 der 27 EU-Länder liegen bereits „Fiskalstrukturpläne“ vor, wie ihn auch Österreich einmelden muss. Zieht man die Länder ab, die ohnehin nicht sparen müssen, schrauben fast alle EU-Länder sowohl an der Einnahmen- als auch an der Ausgabenseite ihrer nationalen Budgets. Die Slowakei setzt vordringlich auf einnahmenseitige Instrumente. Eine rein ausgabenseitige Konsolidierung plant nur der Zwergstaat Malta. Österreich sollte keinen Sonderweg einschlagen, sondern einen ausgewogenen Ansatz verfolgen.

5 Maßnahmen zur gerechten Budgetsanierung:

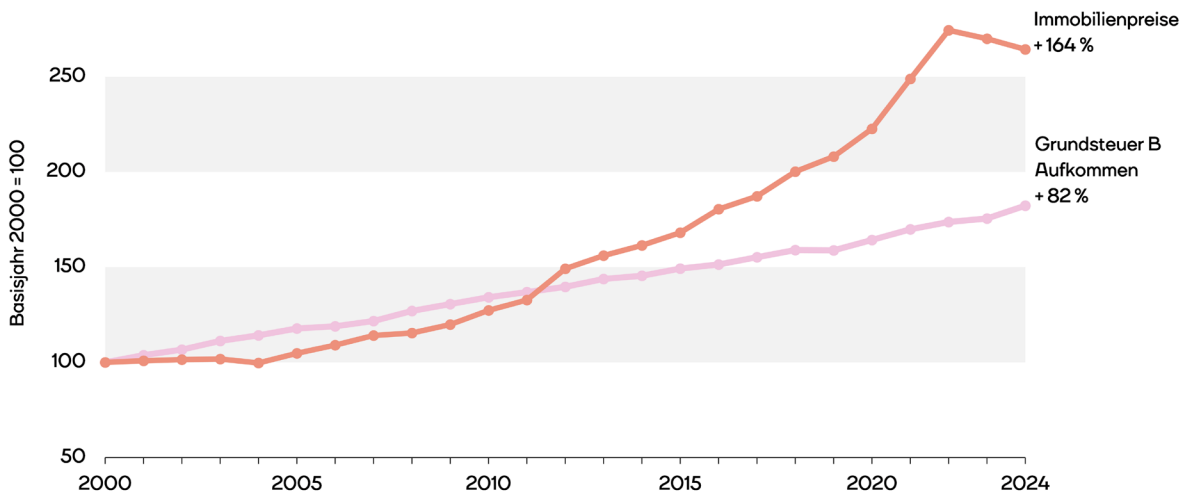
- /1 Grundsteuer modernisieren
- /2 Vermögen- und Erbschaftssteuer einführen
- /3 Körperschaftsteuer erhöhen
- /4 Solidarbeitrag der Spitzenverdiener:innen
- /5 Krisengewinner zur Kasse bitten

/1 Grundsteuer modernisieren

Die Grundsteuer bietet eine geeignete Möglichkeit, den Anteil der Vermögensbesteuerung am gesamten Steueraufkommen zu erhöhen, denn aktuell stammen nur etwa 4 von 100 Steuereuros aus der Besteuerung von Vermögenswerten. Eine Anpassung bei der Steuer auf Grund und Boden ist sinnvoll, weil die derzeit verwendete Bemessungsgrundlage veraltet ist. Der sogenannte Einheitswert, der aktuell zur Berechnung der Grundsteuer dient, wurde bereits im Jahr 1973 festgelegt. Zwar erfolgten in den folgenden zehn Jahren einige pauschale Erhöhungen des Einheitswertes sowie des Hebesatzes – wodurch Gemeinden die Möglichkeit hatten, die Grundsteuer um bis zu 500 Prozent des Grundsteuermessbetrages anzuheben – doch seit 1993 gab es praktisch keine weitere Anpassung. Die tatsächliche Preisentwicklung bei Immobilien wird seitdem bei der Grundsteuerberechnung vollständig ausgeklammert.

Eine Erhöhung der Grundsteuer ist längst überfällig

Grundsteuer-Aufkommen bleibt trotz stark steigender Immobilienpreisen auf der Strecke



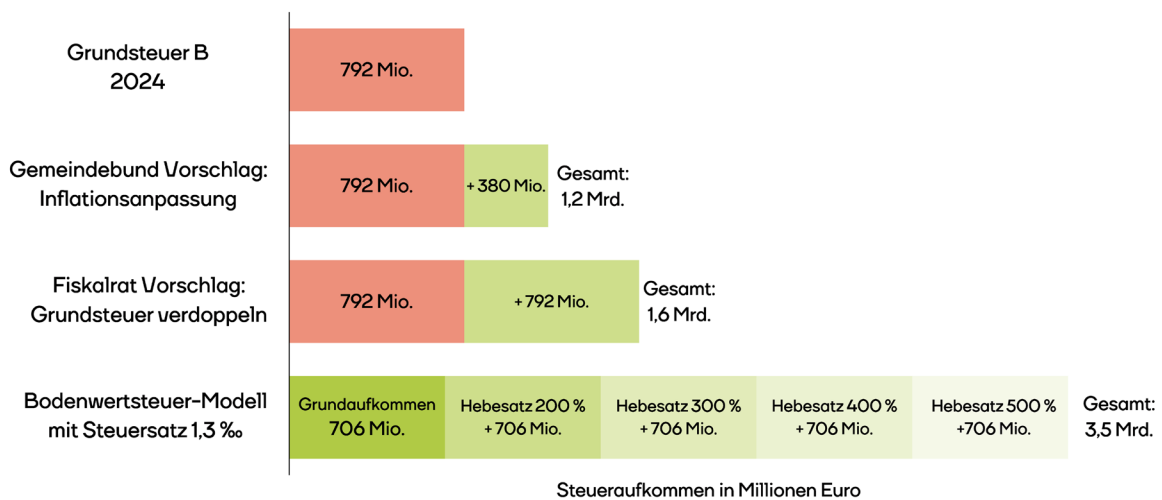
Quelle: Statistik Austria Einzelsteuerliste, OeNB Immobilienpreisindex

So erhöhte sich das Grundsteuer-Aufkommen seit 2000 um 82 Prozent. Die Immobilienpreise stiegen aber im selben Zeitraum mit 164 Prozent doppelt so stark an. Damit liegt der tatsächliche Wert der Immobilien deutlich über jenem Wert, der für die Berechnung der Grundsteuer zugrunde gelegt wird, was das Steueraufkommen erheblich reduziert. Eine Modernisierung der Grundsteuer ist daher längst überfällig.

2024 beträgt das Steueraufkommen durch die Grundsteuer B¹ 792 Millionen Euro. Um einen größeren Beitrag am Steueraufkommen durch den Grundbesitz zu erzielen, gibt es mehrere Vorschläge. Als kurzfristige Maßnahme schlägt der Gemeindebund eine rückwirkende Anpassung an die Inflation vor, was den Gemeinden jährlich zusätzliche Einnahmen von 380 Millionen Euro, insgesamt also 1,2 Milliarden Euro, einbringen würde. Der Fiskalrat empfiehlt eine Verdoppelung der Grundsteuer, was zusätzliche jährliche Einnahmen von 792 Millionen Euro, also insgesamt 1,6 Milliarden Euro pro Jahr, bedeuten würde. Eine weitere Option bietet das Modell in Baden-Württemberg, wo anstelle der Grundsteuer eine Bodensteuer erhoben wird.²

Dieses Modell generiert ein bis zu viermal höheres Steueraufkommen als die aktuelle Grundsteuer und reduziert zudem den Verwaltungsaufwand der Gemeinden. Diese Lösung ist daher sowohl aus finanzieller als auch aus administrativer Perspektive vorteilhaft. Je nach gewähltem Hebesatz könnten Gemeinden mit diesem Steuer-Modell jährlich insgesamt bis zu 2,7 Milliarden Euro zusätzlich durch die Besteuerung von Grund und Boden erzielen. Derzeit schöpfen die Gemeinden den Spielraum bei der Hebesatzgestaltung für die Grundsteuer bereits voll aus.

Grundsteuer Modernisierung kann bis zu 2,7 Mrd. Euro zusätzlich bringen



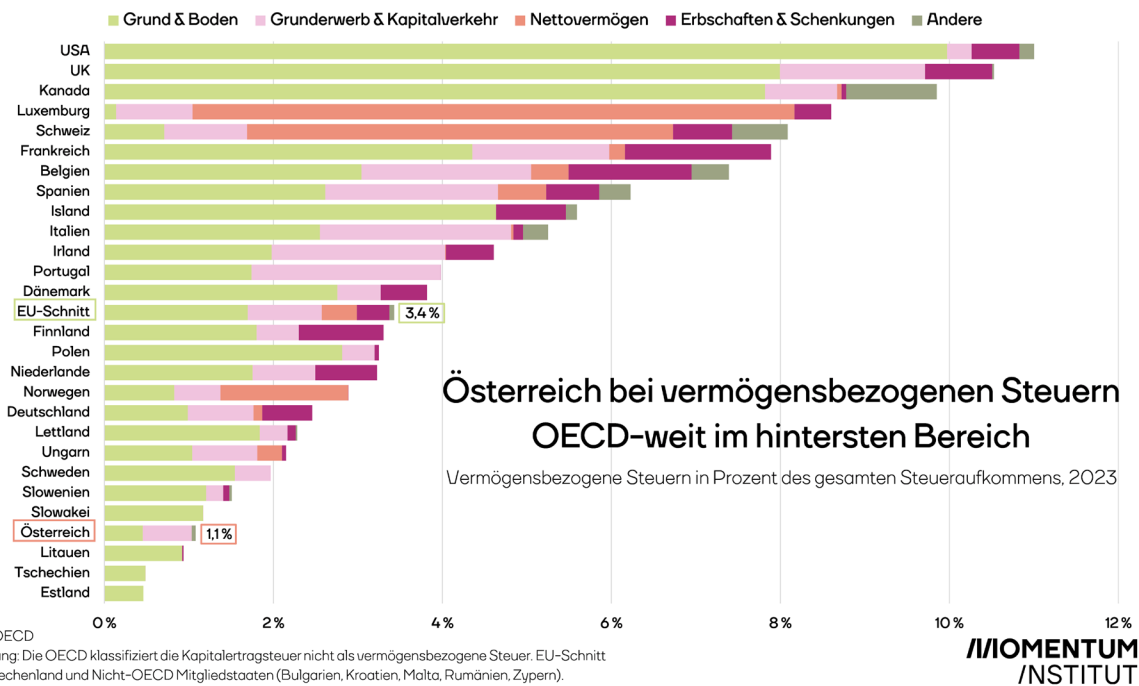
Quelle: Fiskalrat, Gemeindebund, IMMOUnited, Statistik Austria Einzelsteuerliste, ÖROK, eigene Berechnung.
Anmerkung: Bodenwertsteuer-Modell orientiert sich an der Umstellung der Grundsteuer in Baden-Württemberg mit reduziertem Steuersatz für Wohngrundstücke.

¹ Die Grundsteuer B ist für Einfamilienhäuser, Mietimmobilien, gemischt genutzte Immobilien, Gewerbeimmobilien und andere bebaute und unbebaute Grundstücke fällig.

² In diesem Modell ergibt sich die Bewertung für die Grundsteuer B ausschließlich aus dem Bodenwert, auf dem Grundstück befindliche Gebäude werden nicht mehr einbezogen. Dafür werden im Wesentlichen zwei Faktoren herangezogen: die Grundstücksfläche und der Bodenrichtwert. Beide Werte werden miteinander multipliziert und ergeben den sogenannten Grundsteuerwert. Auf die Bebauung kommt es dabei nicht an. Für die vorliegende Modellrechnung wurde der durchschnittliche Bodenpreis mal der Gesamtfläche für bauliche Nutzung multipliziert. Für eine Bodenwertsteuer wird der ermittelte Bodenwert mit einem Steuersatz von 1,3 Promille, wie im Baden-Württemberg-Modell, mal den Hebesätzen der Gemeinden, wie aktuell bei der Grundsteuer der Fall, multipliziert. In der Berechnung wurde für Grundstücke, die der Wohn- oder Mischnutzung dienen, ein um 30 Prozent reduzierter Steuersatz von 0,91 Promille angewendet.

/ 2 Vermögen- und Erbschaftssteuer einführen

Österreich weist die höchste Vermögenskonzentration der gesamten Eurozone auf und gehört gleichzeitig zu den unrühmlichen Spitzenreitern, was den niedrigsten Steuerbeitrag aus Vermögen betrifft. Das Fehlen einer Vermögen- und Erbschaftssteuer verschärft diese zunehmende Vermögenskonzentration zusätzlich. Sogar wirtschaftsliberale Institutionen wie die OECD und der Internationale Währungsfonds kritisieren immer wieder, dass Vermögen und daraus resultierende Einkünfte in Österreich im internationalen Vergleich zu wenig zum gesamten Steueraufkommen beitragen. Sie empfehlen deshalb eine stärkere bzw. effektivere Besteuerung von Vermögen und sprechen sich für die Einführung einer Erbschaftssteuer aus.



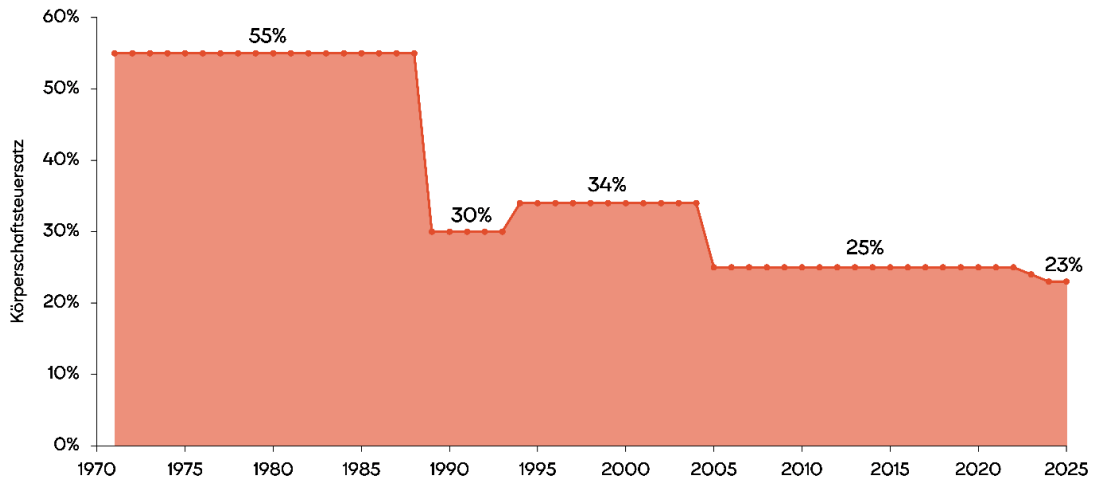
Erbschaften sind in Österreich sogar noch ungleicher verteilt als Vermögen, und das Volumen der vererbten Summen steigt in den kommenden Jahren deutlich an. Aktuell werden jährlich rund 20 Milliarden Euro vererbt; innerhalb der nächsten 25 Jahre wird sich dieser Betrag auf 40 Milliarden Euro pro Jahr verdoppeln. Ohne eine Erbschaftssteuer werden somit bis zum Jahr 2050 insgesamt über 800 Milliarden Euro steuerfrei vererbt, wobei die Hälfte dieser Summe allein an die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung fließt. Die Vermögenskonzentration wird sich dadurch weiter verschärfen. Eine Nettovermögensteuer ab einem Vermögen von einer Million Euro könnte jährlich bis zu 5 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen generieren, eine ergänzende Erbschafts- und Schenkungssteuer weitere 1 Milliarde Euro. Es ist daher dringend notwendig, die Steuerstruktur grundlegend zu überdenken und gerechter zu gestalten. Für eine sozial verträgliche und klimafreundliche Budgetsanierung ist ein finanzieller Beitrag der wohlhabendsten Mitbürger:innen des Landes unabdingbar. Die Regierung sieht aktuell immerhin einen kleinen Beitrag der Superreichen vor, beispielsweise durch stärkere Besteuerung von Share Deals im Rahmen der Grunderwerbsteuer, eine Umwidmungsabgabe bei Neuwidmungen, die Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55 Prozent sowie höhere Steuern für Stiftungen. Allerdings ermöglicht dieses Maßnahmenpaket nur einen minimalen Beitrag der wohlhabendsten Personen und ersetzt nicht eine umfassende Vermögensbesteuerung. Ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Sozialstaats wäre mit der Einführung von Vermögen-, Erbschafts- und Schenkungssteuern oder durch Reformen bei Kapitalertrag- und Grund(erwerb)steuern möglich.

/ 3 Körperschaftsteuer erhöhen

Durch die Senkung der Körperschaftsteuer entstehen dem österreichischen Budget erhebliche Einnahmehausfälle. Die Reduktion des Körperschaftsteuersatzes von ursprünglich 25 Prozent auf inzwischen nur noch 23 Prozent führt jährlich zu Mindereinnahmen von rund 1,2 Milliarden Euro. Seit Beginn der Senkungen – im Jahr 2023 zunächst auf 24 Prozent und ab 2024 dann auf 23 Prozent – summieren sich die entgangenen Steuereinnahmen bereits auf insgesamt 1,8 Milliarden Euro. Auch im laufenden Jahr fehlen dem Staat durch die reduzierte Besteuerung von Unternehmensgewinnen erneut 1,2 Milliarden Euro.

Senkung der Körperschaftsteuer: Seit Jahren kein Ende in Sicht

Der KöSt-Satz ist heute nicht einmal halb so hoch wie noch vor 40 Jahren

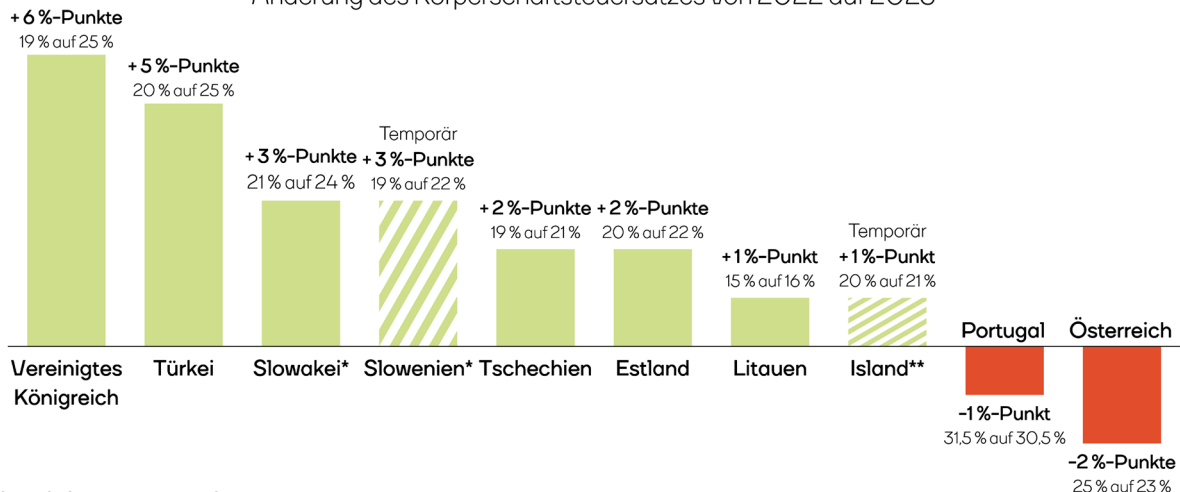


Quelle: Statistik Austria, Tax Foundation

Eine Anhebung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent würde jährlich zusätzliche Einnahmen von mehr als einer Milliarde Euro in die Staatskasse bringen. Eine Rückkehr zu einem Steuersatz von 34 Prozent, wie er in den frühen 2000er Jahren galt, könnte die Steuereinnahmen sogar um bis zu 6 Milliarden Euro erhöhen. Mit einer solchen Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes würde Österreich dem Trend vieler anderer europäischer Länder folgen, die ihre Unternehmensbesteuerung bereits wieder angehoben haben.

Gegen den Trend: Österreich senkt Unternehmenssteuern, andere Länder in Europa erhöhten

Änderung des Körperschaftsteuersatzes von 2022 auf 2025



Quelle: OECD, Tax Foundation, PwC, eigene Berechnungen

Anmerkung: Kombiniertes Körperschaftsteuersatz (Höchstsatz).

* Slowenien erhöht KöSt für 2024 bis 2028 zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Infrastruktur nach Überschwemmungen in 2023.

** Island erhöhte KöSt vorübergehend in 2024 um 1 Prozentpunkt.

/ 4 Solidarbeitrag der Spitzenverdiener:innen

Zusätzlich zu Maßnahmen, die den Steuerbeitrag hoher Vermögen und Unternehmen erhöhen, kann auch durch eine stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen ein erheblicher Beitrag zum Steueraufkommen geleistet werden. Einen solchen Solidaritätsbeitrag für Spitzenverdiener:innen möchte beispielsweise auch der französische Wirtschaftsminister einführen, um das Defizit zu reduzieren.

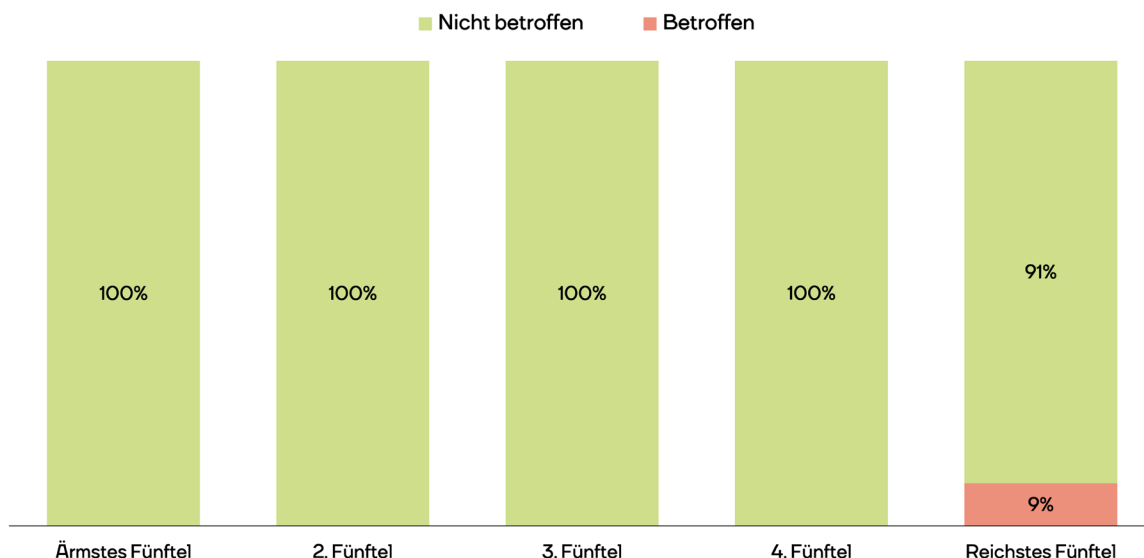
Aktuell werden Einkommen zwischen 103.072 Euro und 1 Million Euro mit 50 Prozent besteuert, Einkommen über 1 Million Euro hingegen mit 55 Prozent. Durch eine Anpassung der Tarifstufen und eine Erhöhung der Grenzsteuersätze könnten zusätzliche Einnahmen von etwa 2,7 Milliarden Euro erzielt werden. Konkret wurde eine Neugestaltung für steuerpflichtige Einkommen ab 120.000 Euro pro Jahr berechnet. Demnach würden Einkommen zwischen 120.000 Euro und 500.000 Euro mit einem Steuersatz von 75 Prozent (statt bisher 50 Prozent) belegt, während auf Einkommen oberhalb von 500.000 Euro ein Steuersatz von 90 Prozent (statt bisher 50 Prozent bzw. 55 Prozent ab 1 Million Euro) angewendet werden würde.

Tarifstufen und Steuersätze einer höheren Besteuerung von Spitzeneinkommen

| Tarifstufen | | Grenzsteuersatz | |
|--------------------------------|------------------------------|-----------------|------|
| aktuell | neu | aktuell | neu |
| über 103.072 € bis 1.000.000 € | über 103.072 € bis 120.000 € | 50 % | 50 % |
| über 1.000.000 € | über 120.000 € bis 500.000 € | 55 % | 75 % |
| | über 500.000 € | | 90 % |

Von dieser Maßnahme wären lediglich 9 Prozent der Erwachsenen im obersten Einkommensfünftel – das entspricht rund 130.000 Personen – betroffen. Gleichzeitig würden dadurch die Steuereinnahmen um knapp 2,7 Milliarden Euro steigen. Die Einführung dieser Maßnahme würde Österreichs Steuersystem progressiver gestalten, da der Steuerbeitrag insbesondere jener Haushalte erhöht würde, die über die höchsten Einkommen verfügen. Zudem haben gerade Personen mit Einkommen über 500.000 Euro häufig die Möglichkeit, ihre Vergütung flexibel zu gestalten, etwa bei Manager:innen über eine Kombination aus hohem Gehalt und Aktienoptionen.

Ein solidarischer Spitzensteuersatz betrifft nur 9 Prozent der höchsten Einkommen

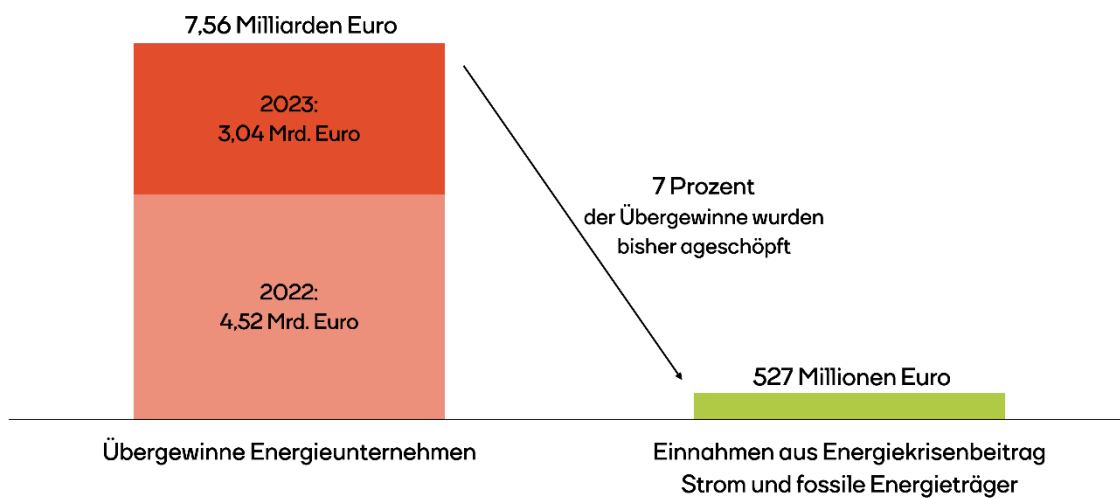


Quelle: SORESI, eigene Berechnung
Anmerkung: Personen ab 18 Jahren nach Einkommensfünfteln

/ 5 Krisengewinner zur Kasse bitten

Während die hohe Inflation der vergangenen Jahre vor allem die privaten Haushalte stark unter Druck gesetzt hat, gab es gleichzeitig auch klare Gewinner dieser Teuerungsphase: Viele Unternehmen nutzten die steigenden Energiepreise nicht nur dazu, ihre höheren Kosten an die Kund:innen weiterzugeben, sondern erhöhten zusätzlich ihre eigenen Gewinnmargen. Besonders profitiert haben die Energiekonzerne. Zwar hat die Regierung den sogenannten Energiekrisenbeitrag verlängert, gemessen an den tatsächlich erzielten Übergewinnen wäre jedoch ein wesentlich größerer Beitrag möglich gewesen. Stromkonzerne wie der Verbund zahlen eine „Übergewinnsteuer“, doch bislang wurden lediglich rund 7 Prozent der Übergewinne der Energiekonzerne durch diesen Krisenbeitrag abgeschöpft.

Nur ein Bruchteil der Übergewinne wird abgeschöpft



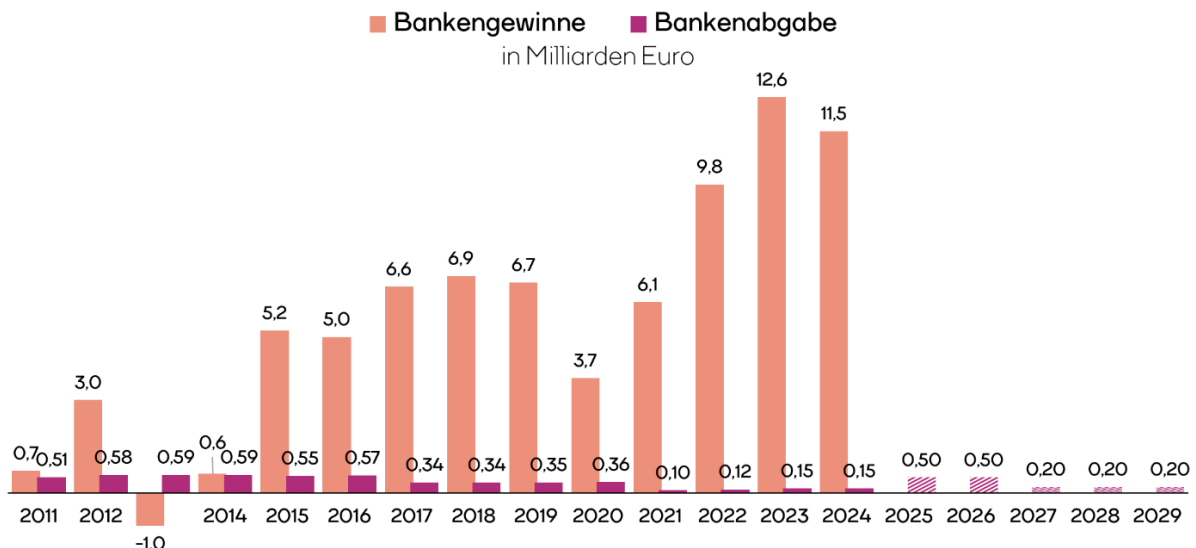
Quelle: Bilanzen Energieunternehmen, BMF, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Für die Berechnung der Übergewinne wurde der Jahresüberschuss bzw. das Ergebnis nach Steuern herangezogen und mit dem Durchschnitt von 2018-2021 verglichen. Energieunternehmen umfassen die 9 Landesenergieversorger, Verbund AG und OMV.

Einnahmen aus Energiekrisenbeitrag-Strom und Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger mit Stand Dezember 2024.

Auf Bankengewinne haben zwölf EU-Länder neue Steuern eingeführt oder bestehende Bankenabgaben erhöht. Nun zieht Österreich nach. Die Bankenabgabe wird für zwei Jahre um 350 Millionen Euro erhöht, danach um 50 Millionen pro Jahr.

Bankenabgabe schrumpft, während Gewinne explodieren



Quelle: BMF, OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Anmerkung: Gewinne sind das Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen.



Im Vergleich zur Höhe der Gewinne der Banken ist der zusätzliche Beitrag vergleichsweise gering. Die Bankenabgabe liegt wieder auf dem Niveau nach der Finanzkrise mit insgesamt rund 500 Millionen Euro. Die Gewinne der Banken sind aber heute im Vergleich zu damals (2011) siebzehn Mal höher. Die Bankenabgabe sollte daher um ein Vielfaches erhöht werden.

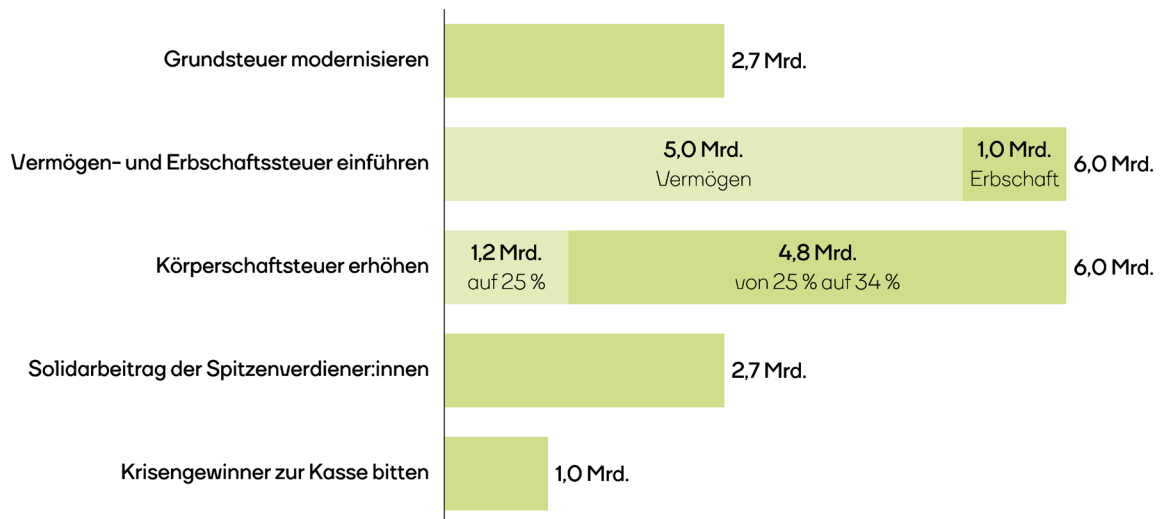
Eine Verdoppelung des Energiekrisenbeitrags und der Bankenabgabe würde eine zusätzliche Milliarde Euro für die Budgetsanierung und einen stärkeren Beitrag der Krisengewinner bedeuten.

/ Was bedeuten die Maßnahmen für die Budgetsanierung?

Jede der fünf vorgestellten Maßnahmen kann einen bedeutenden Beitrag zur Budgetsanierung leisten. Insgesamt wären durch diese Maßnahmen zusätzliche Einnahmen von bis zu 18,4 Milliarden Euro möglich. Die einzelnen Maßnahmen könnten jeweils das Budgetdefizit um Beträge zwischen 1 und 6 Milliarden Euro reduzieren. Durch eine Modernisierung der Grundsteuer könnten zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden Euro erzielt werden. Die Einführung einer Vermögen- und Erbschaftssteuer würde etwa 6 Milliarden Euro einbringen. Die Wiederanhebung der Körperschaftsteuer auf 25 Prozent würde zusätzliche Steuereinnahmen von 1,2 Milliarden Euro generieren, während eine Erhöhung auf 34 Prozent sogar weitere 4,8 Milliarden Euro bedeuten würde. Ein Solidarbeitrag der Spitzenverdiener:innen könnte 2,7 Milliarden Euro in die Staatskasse bringen. Die Verdoppelung des Energiekrisenbeitrags und der Bankenabgabe würde eine weitere Milliarde Euro zur Budgetsanierung beitragen. Potenzial, um die Lasten der Budgetsanierung auf breitere Schultern zu verteilen, ist somit in ausreichendem Maße vorhanden.

5 Maßnahmen um das Budget zu sanieren ohne die Haushalte zu belasten

Mögliche Mehreinnahmen in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria, ÖROK, IMMOUnited, Verhandlungspapier ÖVP-SPÖ-NEOS (Dezember 2024), Fiskalrat, SORESI, eigene Berechnung

Zitiervorschlag:

Schuster, Barbara & Jüngling, Leonard (2025). *5 Maßnahmen für eine faire Budgetsanierung*. Momentum Policy Note 2/2025.